Morgen-Ausgabe B.

Bezugs-Preis

für Leipzig und Vororte durch unsere Träger und Spediteure ins Haus gebracht: Ausgabe A (nur morgens) vierteljährlich 3 M., monatlich 1 M. Ausgabe B (morgens und abends) vierteljährlich 4.50 M., monatlich 1.50 M.

Durch die Post bezogen (2 mal täglich) innerhalb Deutschlands und der deutschen Kolonien vierteljährlich 5.25 M., monatlich 1.75 M. ausschl. Postbestellgeld, für Oesterreich 9 K 66 h, Ungarn 8 K vierteljährlich.

Abonnement-Annahme: Augustusplatz 8, bei unseren Trägern, Filialen, Spediteuren und Annahmestellen, sowie Postämtern und Briefträgern.

Die einzelne Nummer kostet 10 Pfg.

Redaktion und Expedition: Johannisgasse 8.

Telephon Nr. 14692, Nr. 14693, Nr. 14694.

Berliner Redaktions-Bureau: Berlin NW. 7, Prinz Louis Ferdinand-Straße 1. Telephon I, Nr. 9275.

Leipziger Tageblatt
und Handelszeitung.

Amtsblatt des Rates und des Polizeiamtes der Stadt Leipzig.

Anzeigen-Preis

für Inserate aus Leipzig und Umgebung die 6gespaltene Petitzeile 25 Pf., Finanzielle Anzeigen 30 Pf., Reklamen 1 M.; von auswärts 30 Pf., Reklamen 1.20 M.; vom Ausland 50 Pf., finanz. Anzeigen 75 Pf., Reklamen 1.50 M.

Inserate v. Behörden im amtlichen Teil 40 Pf. Beilagegebühr 5 M. p. Tausend exkl. Postgebühr. Geschäftsanzeigen an bevorzugter Stelle im Preise erhöht. Rabatt nach Tarif. Festerteilte Aufträge können nicht zurückgezogen werden. Für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen.

Anzeigen-Annahme: Augustusplatz 8, bei sämtlichen Filialen u. allen Annoncen-Expeditionen des In- und Auslandes.

Haupt-Filiale Berlin: Carl Duncker, Herzogl. Bayr. Hofbuchhandlung, Lützowstraße 10. (Telephon VI, Nr. 4603).

Nr. 310. Freitag 8. November 1907. 101. Jahrgang.

Das Wichtigste vom Tage.

* Gestern fand in Gegenwart des Kaisers die Berliner Rekrutenvereidigung statt. (S. Dschs. R.)

* Der Antrag Müller-Meiningen auf Reform der Reichsratskammer wurde von der Kammer der Abgeordneten des bayrischen Landtags abgelehnt.

* Der Universitätsmusikdirektor und Direktor des Universitäts-Sängervereins zu St. Pauli in Leipzig Max Reger wurde zum Professor der Musik ernannt.

* Zu der Explosionskatastrophe auf dem Hulk „Blücher" wird weiter gemeldet, daß die Zahl der Toten nunmehr auf fünfzehn gestiegen ist. (S. d. Artikel unter Neues a. a. Welt.)

* Die Pforte hat wegen des neuangefachten Bandenunwesens in Makedonien ernste Vorstellungen in Athen, Belgrad und Sofia erhoben.

* Die schwedische Regierung läßt offiziös mitteilen, daß Norwegen eine vorgängige Mitteilung des Garantie-Vertrages unterlassen hat. (S. Ausl.)

* Der frühere Ministergehilfe Gurkow wurde zur Amtsentsetzung und zum Verlust der Fähigkeit zur Bekleidung öffentlicher Aemter für die Dauer von drei Jahren verurteilt. (S. Ausl.)

* Das Karlshorster Parforce-Jagd-Rennen (Ehrenpreis und 10 000 M.) gewann Rittm. v. Lewinskis br. St. „Bellatola" mit Leutnant von Raven im Sattel. (S. Sport.)

Zwischen den Prozessen.

Herrn Maximilian Harden mit Herrn Brand zu vergleichen, ist eine Geschmacklosigkeit. An Intellekt, an Wissen wie an Können, auch an Energie ist Harden dem anderen unvergleichlich überlegen. Und man darf auch annehmen an Charakter. Denn wieviel Aergerliches auch der Moltke-Harden-Prozeß zeitigte, wie weit auch die Rücksichtslosigkeit des Blutes den Angeklagten Harden in der Selbstverteidigung hinriß, wie übel überhaupt diese Vermengung von persönlichem und politischem Material ist — Harden kann immerhin das starke politische Wollen für sich in Anspruch nehmen. Das ist nicht zu vergessen, selbst wenn man geneigt ist, die Motive zu seinem Vorgehen gegen den Eulenburgischen Kreis in einem Konglomerat von hohen politischen Zwecken und starken persönlichen Trieben, z. B. Beifallsbedürfnis, zu suchen. Nun aber sollen ihm auch die politischen Ziele aberkannt, zum mindesten soll die Realität seiner politischen Voraussetzung bestritten und damit seine ganze Aktion als Farce hingestellt werden.

Wir haben gestern geschrieben, die politische Ausbeute des Prozesses Brand sei nicht übermäßig groß. Das ist sie auch nach unserem heutigen Empfinden und nach sorgfältigster Nachprüfung des Prozeßmaterials wirklich nicht. Aber aus dem Prozeß wird bereits in einer Weise Kapital geschlagen für ganz bestimmte politische Absichten, daß der Prozeß durch diese Ausnutzung erst über die ihm innewohnende Bedeutung hinausgehoben wird. Man lese, was die „Deutsche Tageszeitung" schreibt: „Nun hat der Fürst (Eulenburg) noch durch Eid bekräftigt, daß er nie gegen den vierten Kanzler gearbeitet habe. Damit braucht noch nicht erwiesen zu sein, daß sein persönlicher Einfluß an höchster Stelle auch nicht indirekt verantwortlichen Staatsmännern unbequem, oder daß er immer sachlich wohltätig gewesen sei. Aber das Schreckgespenst dieser singulären „Kamarilla" ist nun doch in sein Grab zurückgescheucht." Das ist natürlich ein Widerspruch in sich selbst. Denn ob die Kamarilla sich direkt oder indirekt betätigt, ist ganz gleichgültig. Man darf es sogar fast als Charakteristikum des Wirkens jeder Art von Nebenregierung ansehen, daß sie zu Intrigen neigt und indirekte Operationen liebt. Aber ganz deutlich sichtbar wird doch in diesen Zeilen das Bestreben, den Eulenburgischen politischen Einfluß möglichst unscheinbar und harmlos zu deuten. Und wir hoffen es noch zu erleben, daß in der „Kreuzzeitung" oder einem anderen feudalen Blatte auf Grund der eidlichen Aussage des Fürsten Eulenburg von der Nichtexistenz einer Kamarilla nächstens behauptet wird, nie hätten unverantwortliche Ratgeber in der Umgebung Sr. Majestät ihr Wesen getrieben, wie denn überhaupt die ganze Charakterbildung, der durchdringende Verstand des allerhöchsten Herrn usw. Das Muster zu solchem wohlberechneten Byzantinismus kann jene hochinteressante Notiz des „Berliner Lokal-Anzeigers" abgeben, die jetzt vor einem Jahre etwa auftauchte, und damals den Fürsten Bülow zu der kühl geschäftsmäßigen, aber um so bedeutsameren Feststellung in der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" veranlaßte, in der es hieß: Der Kanzler habe nicht gesagt, es gebe überhaupt keine Kamarilla, sondern: wenn dies fremde Giftgewächs bei uns aufgetaucht sei, so nie ohne erheblichen Schaden für Fürst und Volk. Wer lesen kann, wird den Sinn dieser Worte erfassen. Und auch die Urheberschaft ist klar. Denn nie hätte das halbamtliche Blatt diese abrupte Notiz, zu der gar keine äußerlich sichtbare, journalistische Veranlassung vorlag, ohne Autorisation gebracht. Im übrigen ist es ja nach diesen wochenlangen Diskussionen überflüssig, noch einmal beweisen zu wollen, daß tatsächlich Fürst Eulenburg sich als unverantwortlicher Inspirator der Reichspolitik gefühlt und betätigt hat. Wem die Geschichte des Sturzes von drei Kanzlern, wem die Dokumente der Hohenloheschen Memoiren, wem die Wiener Audienzen des Botschafters Graf Eulenburg vor diplomatischen Revirements nicht genügen, der ist nicht zu überzeugen. Für alle anderen politisch geschulten Menschen aber ist es unerschütterlich, daß man lange Jahre in dem Schloßherrn von Liebenberg eine Art heimlichen Kanzlers zu sehen hatte.

Daran ändert auch die eidliche Aussage des Fürsten Eulenburg nichts. Ueber Worte, über die Auslegung des Ausdrucks Kamarilla, läßt sich trefflich streiten. Und überdem hat ja Fürst Eulenburg seine Worte sehr fein gewogen. Er hat nicht etwa jegliche außeramtliche politische Beeinflussung der Reichspolitik bestritten, sondern die Existenz einer Kamarilla und eine direkt betätigte Animosität gegen den Kanzler, seinen Freund den Fürsten Bülow. In dieser ostentativ betonten Freundschaft hat man vielleicht den feinsten Schachzug des Diplomaten zu sehen. Man könnte hiernach fast vermuten, daß Fürst Eulenburg seine Rolle noch nicht für ausgespielt hält und zum mindesten eine äußerliche Retablierung erhofft.

Um auch das zu erwähnen, so hat doch auch der Kanzler unter seinem Eid ausgesagt, er habe „erst in den letzten Jahren von homosexuellen Neigungen des Fürsten Eulenburg und des Grafen Hohenau gehört". Also doch auch gehört und nicht erst aus der Hardenschen „Zukunft" erfahren. Das erscheint immerhin wichtig zur Beurteilung Hardens. Trotzdem kann natürlich nicht verkannt werden, daß vorläufig dieser eben beendete Prozeß die Situation Hardens nicht verbessert hat. Die Frage der Homosexualität des Fürsten Eulenburg ist nach dem am Mittwoch geschworenen Eid weit diffiziler geworden. Und vielleicht, sogar wahrscheinlich, läßt sich das Gericht in dem noch ausstehenden Harden-Prozeß überhaupt nicht mehr hierauf als auf ein thema probandum ein, sondern hält sich einfach an den Schwur, ohne auf Varietäten und Nuancen, auf unbetätigte normwidrige Neigungen, überhaupt einzugehen. Das ist um so eher möglich, als Herr Dr. Magnus Hirschfeld nun nicht nur als Sachverständiger, sondern auch als Geschichtenerzähler einigen Ruf gewonnen hat. Auch ist schon jetzt ziemlich deutlich geworden, daß in dem künftigen Hardenprozeß doch die Beweisaufnahme ganz anders begrenzt werden wird, als vor dem Schöffengericht. Man wird sich weder auf „normwidrige, wenn auch ideelle Männerfreundschaften", noch auf die hohe Politik einlassen und damit den Angeklagten ungleich schlechter stellen als vorher. Es sei denn, daß Harden das Wort seines Verteidigers Dr. Bernstein wahr macht, der vor Gericht gesagt hat: Würde Fürst Eulenburg bestreiten, daß er homosexuell ist, so würden wir das zu beweisen suchen. Und Harden selbst hat ja mehr als einmal auf das noch nicht verwertete Material hingewiesen. Er hat ja auch mit Emphase erklärt: Ich schone ja die Herren bis jetzt nur. Nun wird wohl eine Phase kommen, in der Schonung Selbstmord wäre. Das hat, bei aller Widerwärtigkeit des Themas, doch das eine Gute, daß nun restlos und gründlich aufgewaschen wird, und daß dann nicht mehr mit dunklen Andeutungen von wohlwollend verborgen gehaltenem Material operiert werden kann.

Nebenbei sind diese anderthalb Jahre Gefängnis aber auch ein recht heilsames Menetekel für alle, die es gelüsten sollte, in den Brandschen Zustapfen zu wandeln.

Aus dem sächsischen Landtag.

Der zweite Tag der Etatsdebatte hat zwar zum Teil recht lange Reden, wie die des Abg. Günther aber doch wenige bedeutsame Momente gebracht. Er war so wenig wie der erste Tag ein großer Tag. Am bemerkenswertesten war das rückhaltlose Vertrauensvotum, das der konservative Führer Opitz dem Finanzminister Rüger spendete. Und man wird nicht fehl gehen, wenn man es weniger dem Finanzminister, als dem konservativen Minister gespendet ansieht. Nicht als sollte damit gesagt sein, daß Opitz dem Finanzminister nicht für dessen Spezialressort das Vertrauen aussprechen wollte; aber sieht man sich die ganze politische Situation an, wie sie sich nun einmal zur Zeit gibt, dann gewinnt dieses auffällig warme Bekenntnis der konservativen Partei zur Person und der Amtsführung des Ministers Rüger seine politische Bedeutung.

Man erinnere sich nur, daß seit der offenbaren Kontroverse der Minister Hohenthal und Rüger über die Ausführungen des Legationsrates von Nostitz zur Frage der Schiffahrtsabgaben im Dresdner konservativen Verein von einer mehr oder weniger offenbaren Ministerkrisis die Rede ist. Wir haben seiner Zeit darauf hingewiesen, daß gewisse Differenzen bestehen, glaubten sie aber nicht so hoch einschätzen zu sollen, wie das in einer Reihe von sächsischen Blättern geschehen ist. Mag auch die Möglichkeit vorliegen, daß diese Differenzen zunehmen werden. Wenn aber nun gerade in einer Zeit, in der solcher Konfliktsstoff in der Region der Ministerien sich anzuhäufen scheint — eine solche Vertrauenskundgebung durch die stärkste Fraktion des Landtages zugunsten des einen Ministers erfolgt, während man zugleich weiß, daß dieselbe Fraktion dem anderen Minister wegen seines Landtagswahlgesetzes nicht allzu hold gesinnt ist — so wird man ermessen können, was Opitz' Rede bedeutete. Sie wächst an Bedeutung über den Rahmen einer bei Etatsberatungen üblichen Vertrauenskundgebung zum Finanzminister hinaus. Sie proklamiert den Minister v. Rüger zum Vertrauensmann der Konservativen in eben dem Gesamtministerium, dessen Minister des Innern mehr als einem Konservativen ein Dorn im „agrarischen Auge" ist. Und darin möchten wir die Bedeutung der gestrigen zweiten Sitzung der Etatsberatung sehen.

Daß in ihr zugleich der Vertreter der Sozialdemokratie, der Abg. Goldstein, dem neuen Minister des Innern vorwarf, Hohenthal verfolge wie sein Vorgänger die Politik der Nadelstiche in der Bekämpfung der Sozialdemokratie, war so deplaciert wie möglich. Denn der Minister konnte mit Recht darauf hinweisen, wie er über Versprechungen hinaus durch Anordnungen an seine Beamten bemüht gewesen ist, diese kleinliche Politik einzustellen. Und wenn irgend etwas gleich zu Anfang der Tätigkeit dieses neuen Ministers geeignet war, ihm das Vertrauen politisch freiheitlich gesinnter Kreise zu erwerben, so ist es eben diese Abkehr von einer verfehlten polizeilichen Maxime gewesen. Das sollte auch die Sozialdemokratie nicht verkennen.

Aus der Rede Günthers ist besonders hervorzuheben die Kritik an dem Verhalten der preußischen Eisenbahnverwaltung Sachsen gegenüber. Damit hat der freisinnige Redner der Volksmeinung beredt Ausdruck verliehen. Er forderte, die sächsische Regierung möge darauf dringen, daß die offenkundig ungerechte Behandlung Sachsens durch Preußen endlich aufhöre. Der Redner verlangt ferner, daß die sächsische Regierung ihren Einfluß im Bundesrate zur Beseitigung der Fahrkartensteuer einsetzen solle. Damit würde sich allerdings Sachsen ein Verdienst erwerben. Ueber die Notwendigkeit eigener sächsischer Gesandtschaften sprach der Redner sich sehr kühl aus. Habe doch die sächsische Regierung von ihrem Münchener Gesandten die Stellung der süddeutschen Staaten zu den Schiffahrtsabgaben nicht erfahren können. — Staatsminister Graf v. Hohenthal erwiderte auf diese letzte Auslassung, daß die Regierungen nun einmal so seien. Die Sachen, die sie verschweigen wollten, würden von ihnen nicht mitgeteilt, und Spione seien die sächsischen Gesandten nicht. Auf der anderen Seite betonte er die Wichtigkeit der Gesandtschaften, deren Arbeitsgebiet groß genug sei, um ihr Fortbestehen zu rechtfertigen. Hatten alle Redner betont, es gelte, die Teuerungszulagen und Besserungen der Beamtenbesoldungen über den Etat hinaus durchzuführen, so suchte Dr. Rüger dem entgegenzustellen, daß man leicht fordern könne, wenn man nicht an die Deckung denke. Geld zu neuen Forderungen sei nicht vorhanden, da gesetzmäßig die Ueberschüsse dazu nicht verwendet werden dürften. Aber damit ist denn doch diese Frage nicht so leicht abgetan. Hat die Regierung durch ihre Zustimmung zu unserer neuen Zolltarifpolitik an der allgemeinen Verteuerung mitgeholfen, so muß sie auch erkennen, daß diese vermehrte Fürsorge für die Beamten in die Wege zu leiten eine ihrer Hauptaufgaben bleibt, und der Landtag wird darum hoffentlich die ablehnende Haltung des Finanzministers noch zu überwinden wissen.

Der Kaiserbesuch und die Bagdadbahn.

(Von unserem Londoner K.-Korrespondenten.)

Seit einiger Zeit schon ist es in diplomatischen Kreisen bekannt, daß bei der Anwesenheit des Kaisers in Windsor auch die mit der Bagdadbahn zusammenhängenden Fragen besprochen werden dürften. Nach dem anglo-russischen Garantieabkommen über Persien hat man sich in England bezüglich der Stellung Großbritanniens im persischen Golf sicher zu fühlen begonnen. Man erinnert sich, daß in russischen Blättern vielfach die Rede war von einem geheimen Paragraphen in den anglo-russischen Abkommen. Dieser Paragraph ist von dem englischen Auswärtigen Amt abgeleugnet worden. Er braucht auch gar nicht zu bestehen. Tatsache ist, daß vor Abschluß des persischen Abkommens eine völlige Verständigung zwischen England und Rußland über alle Fragen der Politik im nahen Orient stattgefunden hat. Diese Verständigung ist so eingehend gewesen, daß auch das jetzt veröffentlichte russisch-bulgarische Abkommen vom Prinzen Ferdinand selbst hier in London mit dem Auswärtigen Amt durchgesprochen worden ist. In Berlin glaubte man allen diesen Dingen ruhig zusehen zu können, da man wußte, daß England, mit einer russischen Garantie in der Hand, bereit sein werde, über einen südpersischen Terminus für die Bagdadbahn mit sich reden zu lassen. Man hat aber dabei übersehen, daß England und in Rußland durch die Teilung Persiens, auf einem nunmehr endgültig dem Moskowiter als Interessensphäre zugewiesenen Gebiet einen höchst unbequemen, einen territorialen Nachbar und Nebenbuhler, verschafft hat, der uns aus tausenderlei Rücksichten, besonders aber aus delikaten dynastischen Gründen, der Gegenstand besonderer Rücksicht ist. Rußland wird ganz sicher das Werk der Bagdadbahn mit allen Mitteln zu hindern oder mindestens zu verlangsamen suchen. In Berlin hat man es für unmöglich gehalten, daß Rußland so bald an neue Abenteuer denken könne. Die vom Großfürsten Wladimir vor Jahresfrist in Paris mit Eduard VII. besprochene neue Orientpolitik Rußlands und die Vereinbarungen mit Bulgarien und Rumänien müssen aber diese Illusion jetzt zerstören. Rußland denkt an neue türkische Abenteuer. Es trifft alle Anstalten, die Türkei von Kleinasien aus zu bedrohen. Früher oder später wird der Krieg von dieser Seite kommen müssen. Eine strategische Linie wie die Bagdadbahn oder noch mehr deren Fortsetzung wäre ein höchst unbequemer Bundesgenosse des Sultans gegen den russischen Anmarsch.

In zwei, der britischen Regierung nahestehenden Organen ist die Bagdadbahnfrage ernstlich und in inspirierter Weise in den letzten Tagen erörtert worden, und beide sprechen sich in höchst bezeichnender Weise aus. Die „Edinburgh Review" greift die antideutsche Partei in England an, welche Deutschland an der Ausführung eines derartigen Unternehmens zu hindern suche, wie es Großbritannien selbst in Indien und Aegypten bewältige. Die ministerielle „Tribune" nimmt das Thema eifrigst auf und sucht der Wilhelmstraße noch deutlicher klar zu machen, wie nützlich es sei, ein internationales Abkommen zu haben. Man will offenbar ein umgekehrtes Yangtse-Abkommen erzielen. „Die Aufgabe", sagte die „Tribune", „welche Deutschland auf sich genommen, ist die schwierigste von allen. Das erste Drittel der Strecke von Konstantinopel nach Bagdad verfügt jetzt über einen Schienenweg. Aber dies ist der am wenigsten aussichtsreiche Teil des ganzen Projekts. Abgesehen von der Ebene von Konia, die Bewässerung in ein großes Kornland verwandeln mag, und abgesehen von den metallreichen Pässen des Taurus besteht wenig Hoffnung für ein kräftiges Wachstum an Bevölkerung und Industrie. In den reichen Ländern zwischen Euphrat und Tigris liegt die Zukunft der deutschen Ingenieur- und Finanzkunst." Und nun kommt die wichtigste Stelle dieses außerordentlich geschickt berechneten Artikels. „Es ist indessen ein gewaltiges Unternehmen und ein Wurf, dessen unmeßbare Segnungen aufgehalten und vernichtet werden können, wenn Deutschland einem Dauerfeuer fremder Kritik unterworfen bleiben soll." Um das ganz klar zu machen, bedient sich die „Tribune" eines Vergleiches aus einer englischen Kinderfabel. In diesem Märchen liegt der Hund auf dem Heubündel in der Krippe. Er kann das Heu zwar nicht selbst verzehren, aber er will wenigstens die Genugtuung haben, daß das Pferd auch nicht fressen kann. „Es ist Unsinn", sagt das ministerielle Blatt, „wenn sich Franzosen und Engländer über deutsche Obstruktion beklagen — es hat an gutem Grund zu solchen Klagen in der Vergangenheit nicht gefehlt — solange sie selbst den Hund in der Krippe spielen wollen."

Die „Edinburgh Review" hatte sich gestellt, als fürchte sie eine direkte Annexion Kleinasiens durch Deutschland. Die „Tribune" macht aber darauf aufmerksam, daß die Natur unüberwindliche Hindernisse jedem Versuche einer unmittelbaren deutschen Herrschaft entgegenstelle. Je mehr hingegen deutsche Ideen und je weniger türkische Ideen in der Entwickelung Kleinasiens den Ton angeben, desto mehr profitiere die Welt dabei. Die „Tribune" umschreibt schließlich ganz klar, wie weit die englische Regierung beim Kaiserbesuch zu gehen gesonnen ist. „Wenigstens die Versicherung wohlwollender Neutralität ist der billigste Preis, den wir für den Nutzen zahlen können, den uns ein deutscher Erfolg von irgendwelchem Belange bringen kann."

Es ist von großem Nutzen, sich gegenüber so merkwürdig liebenswürdigen Angeboten die Frage vorzulegen, was Englands letzte Ziele in Konstantinopel selbst sind. Wir wissen, welchen wachsenden wirtschaftlichen Einfluß sich England in den letzten zwei Jahren bei der hohen Pforte zu sichern verstanden hat. Das persisch-russische Abkommen hat Großbritannien für den Sultan sicherlich weit interessanter gemacht. General French ist auf der Reise nach dem Bosporus, um dem Sultan ein Handschreiben König Edwards zu überbringen. Englands kategorische Unterstützung der russischen Politik in Mazedonien hat seine besondere Wirkung auf die türkischen Finanzen und damit auf den empfindlichsten Teil im türkischen Staatsmechanismus ausgeübt. Als Hüterin des Gladstoneschen Vermächtnisses ist die heute in England herrschende liberale Partei, ohnehin zu einer Experimentalpolitik mit dem Ziel bereit, die türkische Herrschaft in Europa zu beenden, wenn ihr eine andere Macht das Kriegführen und die Kosten eines Feldzuges abnimmt. Selbst die friedliche „Tribune" gibt dies zu und macht kein Hehl daraus, daß diese Politik eines Tages mit der von Deutschland verfolgten, die türkische Herrschaft in Kleinasien durch Reformen und Modernisierung zu stützen, zusammenstoßen werde. Es ist klar, daß man die Haltung der deutschen Politik dadurch zugunsten Englands zu beeinflussen sucht, daß man das „große Geschenk" eines Bagdad-

SLUB
Wir führen Wissen.